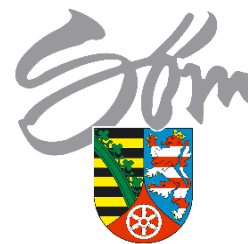


Informationen aufgrund der Verarbeitung von personenbezogenen Daten



Im Zusammenhang mit der Durchführung eines öffentlich-rechtlichen **Namensänderungsverfahrens** oder eines **Verfahrens zur Namensbestimmung** verarbeitet das Ordnungsamt des Landkreises Sömmerda Ihre personenbezogenen Daten.

**Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise
nach Maßgabe der Artikel 13/14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO):**

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung im Sinne der EU-DSGVO und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten, sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist der:

Landkreis Sömmerda, vertreten durch den Landrat

Postanschrift:

Landratsamt Sömmerda
Bahnhofstraße 9
99610 Sömmerda

Kontaktdaten:

Telefon: 03634 / 354-100
Telefax: 03634 / 354-394
E-Mail: poststelle@lra-soemmerda.de

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Personenstandswesen,
Staatsangehörigkeiten

Kontaktdaten:

Telefon: 03634 / 354-323
Fax: 03634 / 354-340
E-Mail: ordnungsamt@lra-soemmerda.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Postanschrift:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Landkreises Sömmerda
Landratsamt Sömmerda
Bahnhofstraße 9
99610 Sömmerda

Kontaktdaten:

Telefon: 03634 354-306
E-Mail: datenschutzbeauftragter@lra-soemmerda.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

- Durchführung eines Namensänderungsverfahrens
 - Weiterleitung Ihrer Daten an die unter **Punkt 6.** aufgeführten Empfänger

4. Rechtsgrundlage/n der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e) DS-GVO (Datenschutz-Grundverordnung) i. V. m. § 5 ff. NamÄndG (Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen) sowie der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV) und der Ersten VO zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen und § 21 Abs. 2a Satz 2 PStG (Personenstandsgesetz).

5. Kategorien der personenbezogenen Daten

- | | | | |
|--|--|---|--|
| ☐ Name / Vorname | ☐ Geburtsdatum | ☐ Geburtsort | ☐ Geschlecht |
| ☐ Anschrift | ☐ Familienstand | ☐ Kontaktdaten | ☐ Ausweisnummer |
| ☐ Staatsangehörigkeit | ☐ Einkommen | ☐ soziale Verhältnisse | |

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- | | |
|---|--|
| ☐ innerhalb des Verantwortlichen: | <ul style="list-style-type: none">▪ Jugendamt |
| ☐ Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): | <ul style="list-style-type: none">▪ Meldebehörden▪ Standesämter▪ Andere Namensänderungsbehörden▪ Polizeibehörden▪ Gerichte (insbesondere das Vormundschaftsgericht bei Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren)▪ Beteiligte (bspw. nicht sorgeberechtigte Elternteile, Pflegeeltern) |

Nach bestandskräftigem Abschluss des Namensänderungsverfahrens (Ausfertigung Urkunde über Namensänderung), ist die Entscheidung der **Meldebehörde** und dem **Standesamt** zur Kenntnis zu geben - ggf. sind in bestimmten Einzelfällen weitere Stellen zu informieren bzw. Beteiligte von der Namensänderung in Kenntnis zu setzen (§ 9 NamÄndG i.V.m. Ziffern 21,23-25, 60 NamÄndVwV).

Ist das Landratsamt Sömmerda nicht selbst für die Entscheidung zuständig, so legt es den Antrag mit seiner Stellungnahme der für die Entscheidung zuständigen Behörde vor (Entscheidungsbehörde), vgl. Ziffer 19 der NamÄndVwV.

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Eine Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet **nicht** statt.

8. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Die personenbezogenen Daten werden entsprechend den Aufbewahrungsfristen für die Dauer von **30 Jahren** ab Bestandskraft des Bescheides, in unerledigten Fällen ab dem letzten Schriftverkehr, vorgehalten und anschließend gelöscht.

9. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Auskunftsrecht (Art. 15 DS-GVO):

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob Sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so haben Sie **ein Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Informationen.

Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO):

Sie haben ein **Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung** gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind. Der Verantwortliche hat die Berichtigung unverzüglich vorzunehmen. (Art. 16 DSGVO).

Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO):

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im Einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO):

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, zum Beispiel, wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, für die Dauer der Widerspruchsprüfung durch den Verantwortlichen.

Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO):

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (vgl. Art. 21 DSGVO).

10. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO einzulegen.

Zuständige Aufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Thüringen:

Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de

Internet: www.tlfdi.de

Telefon: 0 361 / 57 311 29 00

Fax: 0 361 / 57 311 29 04

11. Gesetzliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

☒ gesetzlich vorgeschrieben ☐ vertraglich vorgeschrieben ☐ für Vertragsschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereit zu stellen: ☐ ja ☒ nein

Die Nichtbereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten hat zur Folge, dass **keine Entscheidung im Namensänderungsverfahren / keine Namensänderung** erfolgen kann.

12. Quelle der personenbezogenen Daten

Grundsätzlich werden Ihre personenbezogenen Daten direkt bei Ihnen erhoben.

Allerdings sind im Rahmen der **Sicherheitsüberprüfung bei Personen über 14 Jahren** bei der zuständigen Polizeidienststelle und bei volljährigen Personen darüber hinaus bei dem Schuldnerverzeichnis Auskünfte einzuholen, *vgl. Ziffern 18 Abs. 1, 60 NamÄndVwV*.

Nach den Ziffern 9 – 14 NamÄndVwV ist bei der Namensänderung von Kindern die Information von am Namensänderungsverfahren Beteiligten (z.B. nicht sorgeberechtigte Elternteile, Pflegeeltern) erforderlich.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.